

LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT, HANDELS- UND WIRTSCHAFTSRECHT, LAW AND ECONOMICS

Universitätsplatz 2, 39106 Magdeburg
Tel. +49 (0)391 67 18452, Fax +49 (0)391 67 11198
<http://www.wv.uni-magdeburg.de/hwr/>

1. Leitung

Prof. Dr. Ulrich Burgard

2. Hochschullehrer

Prof. Dr. Ulrich Burgard

3. Forschungsprofil

Bürgerliches Recht

- Vereinsrecht
- Stiftungsrecht

Handelsrecht

- Firmenrecht

Gesellschaftsrecht

- Personengesellschaftsrecht (GbR, OHG, KG)
- Kapitalgesellschaftsrecht (GmbH, AG)
- Konzernrecht

Wirtschaftsrecht

- Bank- und Kapitalmarktrecht

Law and Economics

- ökonomische Analyse des Rechts

4. Forschungsprojekte

Projektleiter: Prof. Dr. Ulrich Burgard

Projektbearbeiter: Professor Dr. Ulrich Burgard, Dr. Carsten Heimann

Förderer: Haushalt; 01.07.2011 - 30.06.2013

Europäisches Bankrecht

Zur Errichtung des europäischen Binnenmarktes ist eine umfassende Integration des Finanzsektors unabdingbar. Nachdem sich der europäische Gesetzgeber mangels Einigung der Mitgliedstaaten lange Zeit mit dem Erlass bankrechtlicher Vorschriften sehr zurückhielt, hat sich dies grundlegend gewandelt. Europäische Vorgaben prägen das nationale Bankrecht inzwischen im erheblichen Maße und der Prozess der europäischen Harmonisierung schreitet stetig voran. Als Konsequenz aus der Finanzkrise wurde eine europäische Bankenaufsicht geschaffen. Die Anforderungen an die Organisations- und Finanzverfassung der Kreditinstitute sind in den zurückliegenden zehn Jahren enorm gestiegen. Der Beitrag stellt die gegenwärtig geltenden europäischen Rechtsgrundlagen des Bankrechts vor und gibt zugleich einen Ausblick auf ausgewählte künftige Regulierungsvorhaben.

Projektleiter: Prof. Dr. Ulrich Burgard

Projektbearbeiter: Professor Dr. Ulrich Burgard

Förderer: Haushalt; 01.05.2011 - 01.02.2012

Die börsenrechtliche Zulässigkeit des Zusammenschlusses der Deutschen Börse AG mit NYSE Euronext

Die Zulässigkeit dieses Zusammenschlusses war sowohl unter börsenrechtlichen als auch unter kartellrechtlichen Gesichtspunkten umstritten. Das Forschungsprojekt deckte erstmals die börsenrechtliche Unzulässigkeit auf und regte eine breite öffentliche Diskussion an, die zufolge Presseberichten in einer Untersagung durch das Hessische Wirtschaftsministerium gemündet wäre, wenn nicht schon die Europäische Kommission die Untersagung am 01.02.2012 verfügt hätte.

Projektleiter: Prof. Dr. Ulrich Burgard

Projektbearbeiter: Ass. iur. Christian Däumer

Förderer: Haushalt; 01.10.2009 - 30.09.2014

Die deutsche Business Judgement Rule - Anwendungsbereich, Voraussetzungen, Rechtsfolgen

Gesetzlich geregelt ist die deutsche Business Judgement Rule (BJR) zwar ausschließlich in § 93 Abs. 1 S. 2 AktG. Im Anschluss an die Begründung des Regierungsentwurfs geht die herrschende Meinung jedoch davon aus, dass diese Regelung auch auf andere Rechtsformen übertragen werden kann und muss. Die genaue Reichweite der BJR im deutschen Recht ist jedoch nicht geklärt. Vielmehr mehren sich Stimmen, die einer unbegrenzten Analogie entgegenstehen. Nicht hinreichend geklärt sind ferner der genaue Inhalt der einzelnen Voraussetzungen der BJR sowie die Rechtsfolgen vor allem bei der Nichtbeachtung der BJR.

Projektleiter: Prof. Dr. Ulrich Burgard

Projektbearbeiter: RA Harald Evers, LL.M.

Förderer: Sonstige; 01.01.2009 - 31.12.2013

Entscheidungen unter Rechtsunsicherheit

In der Praxis haben Geschäftsleiter oftmals Entscheidungen zu treffen, obwohl sich die Rechtslage nicht eindeutig klären lässt. Das ist nicht nur im Blick auf die Legalitätspflicht der Geschäftsleitung problematisch, sondern auch im Blick auf eine Haftung der Geschäftsleiter für Schäden, die aus einer fehlerhaften Beurteilung der Rechtslage entstehen. Dabei stellt die Rechtsprechung hohe Anforderungen an die Entschuldigbarkeit von Rechtsirrtümern. Möglicherweise ist aber eine (analoge) Anwendung der BJR denkbar (s. vorstehendes Forschungsprojekt). Der Fragenkreis ist bisher kaum untersucht.

Projektleiter: Prof. Dr. Ulrich Burgard

Projektbearbeiter: Professor Dr. Ulrich Burgard

Förderer: Haushalt; 01.01.2012 - 31.10.2012

Inzidente Mitteilungen gemäß § 20 AktG

Seit langem besteht in der Rechtsprechung und Literatur Einigkeit, dass es nicht ausreicht, wenn die Gesellschaft von einer Beteiligung in mitteilungspflichtiger Höhe anderweitig als durch eine Mitteilung nach § 20 AktG Kenntnis erlangt. Vor allem in jüngster Zeit gibt es jedoch eine ganze Reihe von Entscheidungen, die es zur Erfüllung der Mitteilungspflicht genügen lassen, wenn die Information über die Beteiligungshöhe ohne Hinweis auf § 20 AktG im Rahmen eines Schreibens erfolgt, das auf ein ganz anderen Zweck als die Erfüllung der Mitteilungspflicht gerichtet ist, wenn die Mitteilung also gleichsam "inzident" erfolgt. Das forderte zum Widerspruch heraus.

Projektleiter: Prof. Dr. Ulrich Burgard
Projektbearbeiter: Professor Dr. Ulrich Burgard
Förderer: Haushalt; 01.07.2010 - 31.12.2014

Kommentar zum Stiftungsrecht

Großkommentar zum Bundes- und Landesstiftungsrecht in synoptischer und systematischer Darstellung: Bisher gibt es zwar manche Kommentare zu den Landesstiftungsgesetzen und auch zum Bundesstiftungsrecht. Nur selten wurden die verschiedenen Stiftungsgesetze jedoch zusammen betrachtet und kommentiert, obwohl gerade dies für die Praxis erforderlich ist. Diese Lücken soll das auf 1.000 Seiten angelegte Werk schließen.

5. Veröffentlichungen

Herausgeberschaften

Gischer, Horst; Börner, Ch.; Burgard, Ulrich; Herz, B.; Reichling, Peter; Spengler, Thomas

[Studien zur Kredit- und Finanzwirtschaft] 186: Studien zur Kredit- und Finanzwirtschaft. - Berlin, Duncker & Humblot; Berlin: Duncker & Humblot, 2012; 2012

Gischer, Horst; Börner, Christoph J.; Burgard, Ulrich; Herz, Bernhard; Reichling, Peter; Spengler, Thomas

[Studien zur Kredit- und Finanzwirtschaft] 187: Studien zur Kredit- und Finanzwirtschaft. - Berlin, Duncker & Humblot; Berlin: Duncker & Humblot, 2012; 2012

Dissertationen

Heimann, Carsten

Marktpreismanipulation und Marktpreisstabilisierung während der Emission von Wertpapieren. - Zugl.: Magdeburg, Univ., Fak. für Wirtschaftswiss., Diss., 2011; Berlin: Duncker & Humblot, 2012; 249 S.; 24 cm, 400 g - (Studien zur Kredit- und Finanzwirtschaft; 186), ISBN 3428138562; 2012